

Gastbeitrag. Menschen aus Bulgarien, Serbien oder Rumänien zieht es jetzt aus dem Quarantänelager EU „nach Hause“.

Die Sorgen der Staatenlosen der EU

VON FLORIN OPRESCU

In der Geschichte wurden Grenzen immer schon durch die dominierenden politischen Kräfte legitimiert, um die Vermehrung der Macht voranzutreiben, sowie wirtschaftliche wie menschliche Ressourcen zu bewahren. Innerhalb dieser Grenzen haben sich Millionen von Menschen „in Quarantäne begeben“, denen der natürliche Charakter der Landkarte sowie der natürliche Fluss der Ressourcen und implizit auch der Menschen, einerlei sind. Migration ist ein natürliches Phänomen, Grenzen allerdings keinesfalls.

Aus Angst vor dem Virus müssen wir uns jetzt in die Beton-Grenzen unserer Häuser zurückziehen. Wir erlegen uns eine Grenze auf, die Distanz zwischen uns und unseren alten, kranken Eltern schafft. Merkwürdigerweise machen uns die Angst und die Grenzen verletzlicher, weil es uns nicht mehr möglich ist, uns auf unsere natürliche Erfahrung und unsere Empathiefähigkeit zu verlassen. Grenzen sind das Resultat einer Politik, der es um Macht geht. Kurzfristig schützen sie vielleicht, langfristig aber entfremden sie. Die größte Gefahr der Grenzen ist Entfremdung.

In Nickelsdorf haben am 17. März die ungarischen Behörden die Grenzen geschlossen. Niemand soll mehr nach Ungarn kommen. Auf der Autobahn in Österreich gab es einen kilometerlangen Stau, etwa 4000 Menschen warteten auf die Erlaubnis, Ungarn zu durchqueren, um nach Rumänien, Bulgarien oder Serbien – nach Hause – zu kommen. Viele von ihnen sind Wirtschaftsflüchtlinge, Saisonarbeiter, die aufgrund der Krise ihren Job verloren haben. Es sind Menschen, die vor der Pandemie fliehen, vor Armut und strengen Isolierungsregeln. Sie fliehen von dort, wo sie wirtschaftliche Sicherheit gesucht hatten, dorthin, wo sie emotionale Sicherheit finden – eine abstrakte Sicherheit der familiären Vertrautheit, während sich ganz Europa in Quarantäne befindet. Aus dem Qua-

rantänelager, das die EU geworden ist, fliehen sie „nach Hause“.

Letztlich hat ihnen die ungarische Regierung, die zum Experten in Sachen Zäune und Mauern geworden ist, nach diplomatischen Verhandlungen mit Rumänien und Österreich, die Erlaubnis erteilt, zwischen 21 und 5 Uhr unter polizeilicher Eskorte das Land zu queren.

Die Menschen kehren zurück, weil sie eine andere Art von Sicherheit suchen, dort wo sie Häuser und Familie haben, dort wo man ihre Sprache spricht. Viele verstehen gar nicht, was ein Virus ist, warum sie Distanz wahren und Sozialkontakte meiden sollen, was Quarantäne bedeutet und warum sie nicht einfach „nach Hause“ dürfen. Für viele sind Grenzen Abstraktion. Sie wissen nicht, dass sie auch bei der Einreise nach Rumänien noch Grenzen erwarten, an denen sie mit Misstrauen und Geringschätzung gemustert und sortiert werden. Als sie damals gingen, wurden sie gekennzeichnet, stigmatisiert als die Unbeliebten – und genauso kehren sie nun zurück.

Europäer ohne Grenzen

Viele Europäer verstehen Flüchtlinge nicht, weil sie nicht wissen, was soziale Entbehrung bedeutet; sie haben nicht ihre Wohnung verloren, sie waren nie zwischen zwei Welten gefangen. Die Osteuropäer aus dem Westen blicken mit dem einen Auge in den fernen Okzident, der ihnen bis gestern zumindest materielle Sicherheit geboten hat, und mit dem anderen voll Heimweh zurück nach Rumänien. Sie sind die Staatenlosen der EU, die Menschen, die seit 30 Jahren von einem Ort zum anderen fliehen und nie wirklich ankommen. Sie sind Europäer ohne Grenzen, die aber jetzt alle Staaten außerhalb ihrer eigenen Grenzen wissen möchten. So entsteht aus der lähmenden Angst vor dem Virus gerade eine neue Karte mit Grenzen der Unzufriedenheit.

Dr. Florin Oprescu (* 7. Juni 1977, Hațeg, Rumänien) ist Gastlektor für Rumänisch am Institut für Romanistik (Uni Wien). Aus dem Rumänischen von Dorothee Fellinger.



Die große Krise steht uns noch bevor

Die Regierung bekommt aktuell viel Lob. Es ist aber zu erwarten, dass sich die Corona-Krise bald zu einer politischen Krise entwickeln wird.

VON ALEXANDER BOGNER

In der christlichen Eschatologie hat das Osterfest eine besondere Bedeutung, symbolisiert es doch die Gewissheit der Befreiung von aller Verdammnis. Nach einer 40-tägigen Fastenzeit feiert die Christenheit mit der Auferstehung Jesus Christi den Sieg über den Tod. Wir alle, ob gläubig oder nicht, fiebern im Moment in selbsterwartung dem Osterfest entgegen. Denn an diesem symbolträchtigen Datum wird sich weisen, ob die Macht des Virus, das Österreich in den Ausnahmezustand versetzt hat, noch länger anhalten wird oder aber eine langsame Rückkehr zu unseren gewohnten, liberal geprägten Lebensformen vertretbar erscheint.

In den Wochen des Ausnahmezustands haben wir gelernt, wie schnell sich die Dinge verkehren können: Abstand zu halten gilt unter dem Diktat des Virus als Gebot der Fürsorge, Kontaktvermeidung

wird zur höchsten Form der Solidarität. Um die Wirksamkeit der Krisenpolitik zu verbessern, sind wir bereit, politische Bedenken bezüglich der Nutzung von Handydaten zum Zweck der Mobilitätskontrolle hintanzustellen. Um Leben zu schützen (potenziell unser eigenes), akzeptieren wir die vorübergehende Einschränkung individueller Freiheitsrechte, die zum Kern der Demokratie gehören.

Das ist es, was der französische Philosoph Michel Foucault mit Blick auf die Seuchenbekämpfung im 18. und 19. Jahrhundert als „Biopolitik“ charakterisiert hat: Um das Leben produktiver, besser, lebenswerter zu machen, muss es überwacht, klassifiziert und administriert werden.

Diese Sorge um das Leben legitimiert die Ausübung von Macht, mitunter auch die Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen, die geeignet sind, das Selbstverständnis der liberalen Demokratie auf die Probe zu stellen. Im Moment läuft,

könnte man sagen, ein groß angelegter demokratischer Stresstest in Echtzeit, man denke etwa an die Einschränkung der Versammlungsfreiheit, an Begrenzungen der Mobilität oder an Eingriffe in die freie Ausübung der Religion oder des Berufs.

Ein Ausnahmezustand, wie wir ihn derzeit erleben, lebt von der Suggestion einer Gefahr für Leib und Leben, wie sie eigentlich für den militärischen Notfall typisch ist. Wahrscheinlich bedient sich genau deshalb die höchste politische Ebene so instinktsicher einer aufschlussreichen Kriegsmetaphorik. Frankreichs Präsident, Emmanuel Macron, alarmierte in einer Fernsehansprache seine Landsleute, Frankreich stehe im Krieg gegen einen „unsichtbaren Feind“. US-Präsident Donald Trump, der die Gefahren einer Corona-Pandemie lange Zeit heruntergespielt hatte, erklärte, als sich die Realität nicht mehr länger wegwittern ließ, kurzerhand: „Wir sind im Krieg.“ Und aus Italien verlau-

PIZZICATO

Slacking im Home-Office

Wie wird das denn nun werden, da uns die Sommerzeit eine Stunde mehr Tageslicht schenkt? Eine Stunde mehr Facebooken, Bloggen, Chatten, Simsen, Twittern, WhatsAppen, Zoomen, Skypen, Slacken und was es sonst noch gibt an Kommunikationstechnologien. Vom guten, alten Telefonieren ganz zu schweigen.

Da die soziale Kontrolle beim Teleworking oft wegfällt, reißen Sitten ein wie im Silicon Valley, Heimat der Hightech-Genies, Gurus und Nerds – und der Erfinder von Slack, der digitalen Kommunikationsplattform. Slack oder Slacking, das heißt so viel wie schlaff, nachlässig, abhängen – und trifft ganz gut das Erscheinungsbild im Home-Office, wo sich Pizzaschachteln, Flaschen und Geschirr stapeln. Ehe man sich's versieht, sprießt einem ein Fünftagebart und die Haare stehen wild zu Berge – und kein Friseur weit und breit.

Manche schlurfen in T-Shirt und Boxershorts herum. Wie jener Ex-USA-Korrespondent der „Süddeutschen“, der sich als „Pyjama-Korrespondent“ bezeichnet und damit seine Zunft gemeint hat, die es in aller Herrgottsfrüh zum Laptop treibt, während die Redakteure in der Heimat ihr Mittagessen verzehren. Wir fragen uns indes, wie es den ORF-Kollegen ergehen mag, die am Küniglberg als „ZiB“-WG in extremis kaserniert sind. Bärte und Strubbelfrisuren wären uns derweil nicht aufgefallen. Was noch kommen kann ... (vier)

Reaktionen an: thomas.vieregge@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Das ganze Land muss „zusammenstehen“

Corona-Pandemie und die Folgen
Derzeit werden von der Regierung Milliarden an Förderungen zur Bekämpfung der Corona-Krise zur Verfügung gestellt, was ich – sofern man auf eine sorgfältige, den Missbrauch ausschaltende Verteilung dieser Gelder achtet – gut und richtig finde. Wir alle müssen zum Teil sehr gravierende Änderungen unserer Lebensbedingungen (auch zum Schutz der älteren Personen) hinnehmen.

- ▶ Das ganze Land „steht still“.
- ▶ Menschen werden arbeitslos od. müssen (wenn sie Glück haben) Kurzarbeitsmodelle akzeptieren.
- ▶ Unternehmen brechen Umsätze und Einnahmen weg.

Aus diesen Gründen müsste es gerechterweise auch einen Solidaritätsbeitrag (oder wie immer man es nennen möchte) für Pensionisten ähnlich dem Kurzarbeitszeitmodell geben. Ich denke, wenn das ganze Land „zusammenstehen muss“, sollte das auch für die von uns allen geschätzte ältere Generation gelten. Ich bitte Sie, diese Überlegungen in Ihre Berichterstattung einfließen zu lassen.

Traude Stoier, 2651 Reichenau

Leben alle nur von der Hand in den Mund?

Die Corona-Krise hat natürlich auch viele Unternehmen weltweit, vom Ein-Personen-Unternehmer bis hin zu globalen Konzernen, sehr hart getroffen. In den letzten Tagen hörte man auch, dass viele, auch kürzlich von Wirtschaftsexperten als „gesunde Unternehmen“ bezeichnete, Betriebe ohne massive staatliche Hilfe vor der Insolvenz stehen. Wie gesund ist eigentlich eine Firma, die nach nur zwei bis drei Wochen massiver

Umsatzrückgänge Insolvenz anmelden muss? Warum wurden keinerlei Rücklagen angelegt oder Notfallpläne vorbereitet? Leben alle nur von der Hand in den Mund und sind so hoch verschuldet, dass sie nach ein paar Wochen Geschäftsausfall schon pleite sind?

Offenbar lebt die globale Wirtschaft spätestens seit der Finanzkrise nur mehr von vermeintlich billigen Krediten in der Null- und Negativzinsphase und hat ein ständiges Wachstum ohne irgendwelche Störungen ihrem „Businessplan“ zugrunde gelegt. Auch höre ich, dass es vielen Arbeitnehmern ähnlich geht. Kaum jemand scheint einen Notgroschen angespart zu haben, um wenigstens eine Zeit lang auch ohne Einkünfte die Miete zahlen zu können! Ich kann nur hoffen, dass die Krise wenigstens diesbezüglich bei vielen zu einem Umdenken führt und wieder vernünftiger, nachhaltiger und, wenn man so will, konservativer gewirtschaftet wird!

Peter Krbez, 8010 Graz